

Kapitel 5: Voranbringen, was uns voranbringt: Innovation, Bildung und Kultur



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 10.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-V Europawahlprogramm (Kapitel 5)

- 1 In atemberaubender Geschwindigkeit greifen der wissenschaftliche und technische Fortschritt
2 aus und immer tiefer in unsere Leben ein. Die Digitalisierung prägt, wie wir arbeiten, wie
3 wir kommunizieren, wie wir denken, wie wir lernen, wie wir reden. Sie wird immer noch stark
4 von Männern dominiert. Sie stellt die Wirtschaft auf den Kopf und vieles in Frage. Es öffnet
5 sich ein Raum von ungeahnten Möglichkeiten und Herausforderungen: Nicht nur, dass Roboter
6 Rasen mähen und Post austragen, sondern auch, dass sie unsere Eltern und Großeltern im Heim
7 pflegen. Dass ferngesteuerte Maschinen die Felder so passgenau düngen, dass keine
8 Nährstoffüberschüsse mehr entstehen. Dass Roboter Kriege führen und über Leben und Tod
9 bestimmen. Neue Konzerne dominieren die Märkte, und ihre handelbare Ware sind unsere
10 persönlichen, intimsten Daten. Aus Forschungen werden neue Techniken. Es entsteht neue
11 Arbeit, alte geht verloren und unsere Art zu arbeiten ändert sich.
- 12 Vieles klingt verheißungsvoll, anderes scheint unheimlich, aber in jedem Fall gilt:
13 Technischen Fortschritt kann man nicht aufhalten und auch nicht rückgängig machen.
14 Es ist deshalb an der Politik, die Veränderungen entlang der europäischen Werte zu
15 gestalten. Das bedeutet, Entwicklungen zu fördern, aber auch zu entscheiden, was man
16 zulassen will und wie Anwendungen zu regulieren sind. Sinnvoll geht das nur auf europäischer
17 Ebene. Wenn wir wissen wollen, nach welchen Kriterien Algorithmen bestimmen, wer wie viel
18 für einen Flug bezahlen muss oder wer in die engere Auswahl für Jobs kommt, dann wird das
19 kaum national möglich sein. Sonst können sich global agierende Konzerne den niedrigsten
20 nationalen Standard aussuchen.
- 21 Europa dagegen ist eine Macht. Wenn die EU will, kann sie die digitale Welt zivilisieren.
22 Sie muss aus unserer Sicht geeignete Regeln für die Haftung von Maschinen schaffen, für die
23 Transparenz und Überprüfbarkeit von Algorithmen, sie muss die Diskriminierung durch
24 Suchmaschinen, Filter und Co. verbieten. Andererseits gilt es, die Chancen, die sich auftun,
25 wirklich zu nutzen: Schlüsseltechnologien und Start-Ups mit nachhaltigen Geschäftsmodellen
26 fördern. Ein neues Forschungsprogramm auflegen, damit Ideen und Zukunftstechnologien zum
27 Nutzen der Gesellschaft entwickelt werden und der Technologietransfer in die Praxis
28 beschleunigt wird. An neu zu gründenden europäischen Universitäten Wissen bündeln und so
29 die Innovationskraft vervielfachen.
- 30 Und für all das gilt: Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung, genauso von Kunst muss
31 garantiert sein. Kultur und Kreativität müssen sich frei entfalten können, was angesichts
32 des Drucks, unter dem Kulturschaffende in Ländern wie Ungarn stehen, keine
33 Selbstverständlichkeit mehr ist.
- 34 Bildung ist dabei der Schlüssel, damit wir für die rasanten Änderungen gewappnet sind. Das
35 gilt für Kinder und Jugendliche genauso wie für Erwachsene. Wir wollen ein Recht auf

36 Weiterbildung und lebenslanges Lernen EU-weit verankern. Schüler*innen, Auszubildende und
37 Student*innen sollen Europa konkret erfahren können. Dafür etwa wollen wir das europäische
38 Erasmus-Programm massiv ausbauen, damit Europa nicht nur für Akademiker erlebbar wird. So
39 schaffen wir ein Europa als Raum der Kreativität und Innovation, ein Europa, das auf der
40 Höhe der Zeit ist und die Entwicklungen steuert, statt ihnen hinterherzulaufen.

41 **5.1 Die Digitalisierung zum Wohl der Menschen steuern**

42 Die Digitalisierung kann uns helfen, effizienter und ökologischer zu handeln, Informationen
43 leichter zu verbreiten und mehr Transparenz herzustellen. Wir wollen den digitalen Wandel
44 demokratisch, ökologisch, sozial und feministisch gestalten. Wir wollen die Chancen
45 ergreifen, um Arbeit zu erleichtern, um Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit zu
46 verbessern genauso wie die medizinische Versorgung, Ressourcen zu sparen, Verkehrsunfälle zu
47 vermeiden und Bildungschancen zu erhöhen sowie Innovationen zu fördern.

48 Als Grüne haben wir in Europa mit der Datenschutzgrundverordnung, die wir maßgeblich mit auf
49 den Weg gebracht haben, einen internationalen Standard gesetzt und schon viel erreicht.
50 Bürger*innen müssen sich selbstbestimmt im digitalen Raum bewegen können und die volle
51 Souveränität über ihre Daten behalten.

52 Beim Datenschutz und bei der Daten- und der IT-Sicherheit kann Europa mit einheitlichen
53 Sicherheitsnormen voranschreiten und somit Wettbewerbsvorteile durch eine an unseren
54 Grundrechten orientierte Digitalpolitik erreichen. Gerade angesichts der zunehmenden
55 Bedeutung des „Internets der Dinge“ sind höchste Sicherheitsstandards essenziell und sollten
56 gesetzlich verankert werden.

57 Die Digitalisierung trifft auf eine Wirtschaft, in der mit ökologischen Langzeitschäden,
58 Investitions- und Nachfrageschwäche, zu starker Konzentration von Vermögen und zu großem
59 Ressourcen hunger einiges im Argen liegt. Insbesondere die Plattformökonomie mit ihren
60 Netzwerkeffekten schafft zunehmend Monopole und geschlossene Strukturen. Wir wollen
61 Ordnung
62 in dieses System bringen. Dafür brauchen wir mehr Investitionen, damit unsere Wirtschaft
63 krisenfester und dynamischer wird. Unser Ziel ist eine nachhaltige Digitalökonomie. Um sie
64 zu erreichen, setzen wir auf eine echte Netzneutralität, freie und überprüfbare Software,
65 offene Schnittstellen, Interoperabilität und eine vitale Entwickler*Innen-Community, deren
66 Bemühungen für ein offenes und innovationsfreundliches Internet wir beispielsweise durch die
67 Anerkennung der Gemeinnützigkeit unterstützen. Gegenüber marktmächtigen Plattformen und
68 Anbietern brauchen wir ein Europa, das mit einer Stimme spricht, um für den Schutz von
69 Verbraucher*innenrechten, fairen Wettbewerb und den Erhalt öffentlicher Güter zu sorgen.

70 Trivial- und Softwarepatente lehnen wir ab.
71 Mit Digitalisierung Ökonomie und Ökologie zusammenführen

72 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen.
73 Sie

74 schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Mit Videokonferenzen lässt
75 sich Teamarbeit weltweit vernetzen und damit der CO₂-Ausstoß durch Reisen reduzieren. Mit
76 intelligenten Stromnetzen und intelligent vernetzten Transportsystemen können wir unseren

75 Energieverbrauch reduzieren und die Energiewende beschleunigen, mit einer intelligenten
76 Mobilitätsplanung und -steuerung bringen wir die Verkehrswende voran.

77 Dafür wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem ökologischen Potenzial der
78 Digitalisierung widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung kann
79 also zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Gleichzeitig frisst sie aber
80 auch Ressourcen und Energie. So werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung
81 gebraucht und der Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert*innen
82 zufolge wird der digitale Energiebedarf 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen,
83 falls nicht umgesteuert wird. Deswegen wollen wir ein europäisches „Recht auf Reparatur“
84 schaffen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, langfristig Ersatzteile anzubieten sowie
85 Reparaturanleitungen zu veröffentlichen. Wir fordern, dass der Zeitraum, in dem Produkte mit
86 zeitnahen Sicherheitsupdates versorgt werden, für Verbraucher*innen einheitlich und gut
87 sichtbar gekennzeichnet ist und für eine typabhängige Mindestfrist garantiert werden muss.
88 Gleichzeitig wollen wir Open-Hardware- und Open-Source-Software-Produkte besonders fördern,
89 da diese auch nach Ende der Herstellerunterstützung noch weitergenutzt werden können.

90 Wir wollen als Teil der europäischen Energiewende energiearme IT-Technik voranbringen und
91 eine europäische „Green IT“-Strategie auflegen. Diese Strategie soll die Forschung und
92 Entwicklung von ultraeffizienten Chips fördern und die europäische Halbleiterindustrie –
93 eine technologische Schlüsselbranche – in Richtung Nachhaltigkeit stärken. Darüber hinaus
94 setzen wir uns für „Green IT“-Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für
95 energieeffiziente, nachhaltige Rechenzentren ein. Gerade die europäische Verwaltung soll in
96 Zukunft „Green IT“-Systeme nutzen. Damit Fortschritte bei der Energie- und
97 Ressourceneffizienz von digitalen Technologien eine größere Verbreitung finden, wollen wir
98 vor allem Open-Hardware- und Open-Software-Lösungen unterstützen. Zahlreiche Projekte in
99 diesen Bereichen haben gezeigt, wie der Energieverbrauch und damit auch die Kosten gesenkt
100 werden können.

101 Digitalen Wandel in der Wirtschaft entschlossen vorantreiben

102 Europas Industrie steht mitten in einem bahnbrechenden Umbruch: Neue Technologien und
103 Innovationen fassen Fuß, neue Märkte entstehen und neue Wettbewerber treten auf. In
104 zahlreichen Zukunftstechnologien, wie der künstlichen Intelligenz oder autonomen Systemen,
105 befinden wir uns in einer Aufholjagd gegenüber anderen Weltregionen. Nur gemeinsam, mutig
106 und visionär kann Europa innovationsstärker werden.

107 Wir wollen, dass die EU kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk bei der
108 Digitalisierung mit unbürokratischen Beratungsangeboten oder Förderprogrammen unterstützt.

109 Auch wollen wir, dass die jetzt schon an vielen Stellen etablierten und kommenden
110 Möglichkeiten der digitalisierten Arbeitswelt für mehr Freiheit der Arbeitnehmerinnen und
111 Arbeitnehmer genutzt werden. Die digitale Arbeitswelt birgt aber auch Fallen: Unfreiwillige
112 Mehrarbeit, dauernde Verfügbarkeit, Arbeitsverdichtung und ständige digitale
113 Leistungskontrolle werden einfacher. Es braucht daher einen guten Arbeitsschutz für
114 Beschäftigte und Selbständige – sowohl gesetzlich wie tariflich. Dienstleistungsplattformen
115 müssen sich ihrer Verantwortung bei den Arbeitsbedingungen, der Mitbestimmung und der
116 Entlohnung stellen. Um Menschen eine Perspektive zu bieten, deren Arbeitsplatz im Zuge der
117 Digitalisierung wegfällt, wollen wir europäische Aus- und Weiterbildungsprogramme stärken.
118 Dazu möchten wir das Recht auf Weiterbildung europäisch verankern. Fortbildungen allein

119 schaffen allerdings keine neuen Arbeitsplätze. Durch Digitalisierung ersparte Arbeit darf
120 nicht Gewinn für die einen und Existenzvernichtung für die anderen bedeuten: Durch
121 Digitalisierung ermöglichte Profite und Zeitkontingente müssen gerecht an alle verteilt
122 werden. Wir müssen daher neue Sozialabgaben- und Besteuerungsmodelle für Wertschöpfung
durch

123 Maschinen und Algorithmen entwickeln und Grundsicherung für Menschen von Lohnarbeit
124 entkoppeln. Digitalisierung als Gemeinwohl wird so zur Chance für neue menschliche
125 Entfaltungsräume.

126 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Freiheit im Netz zu stärken und um
127 eine angemessene Vergütung für Künstler*innen und Kulturschaffende sicher zu stellen. Wir
128 setzen uns für ein europäisches und zukunftsfestes Urheberrecht ein, dass auf den
129 technischen Wandel eingeht. Es muss bürgerrechtskonform sein und die Interessen von
130 Verbraucher*innen, Verwerter*innen und Urheber*innen fair ausgleichen und die finanzielle
131 Absicherung von Künstler*innen ermöglichen.

132 Es gibt eine florierende kriminelle Industrie, die mit illegalen Kopien gigantische Umsätze
133 generiert, ohne die Urheber*innen in irgendeiner Weise zu beteiligen. Um gegen diese
134 illegalen Strukturen vorzugehen, müssen die Täter strafrechtlich verfolgt und entsprechende
135 Inhalte gelöscht werden. Mit Drittstaaten müssen Vereinbarungen zur Rechtsdurchsetzung
136 geschlossen werden und Täter grundlegend vom Geldfluss abgeschnitten werden, indem wir
137 Werbetreibende und Finanzdienstleister, die das illegale System stützen, mit in die
138 Verantwortung nehmen.

139 Die aufwendige Verfolgung von Nutzerinnen und Nutzern war und ist unverhältnismäßig und
140 nicht zielführend. Wir halten Uploadfilter für den falschen Ansatz und eine fehlerhafte
141 Technologie. An ihrer Stelle müssen neue Vergütungsmodelle eingeführt werden, die eine
142 einfache und legale Onlinenutzung von geschützten Werken ermöglicht, wie zum Beispiel eine
143 Pauschalabgabe für Online-Plattformen, die Inhalte kuratieren.

144 Ein Leistungsschutzrecht für Presseverleger lehnen wir ab und es muss klargestellt werden,
145 dass die Verwendung von Hyperlinks nicht unter das Urheberrecht fällt. Dies gefährdet die
146 Grundrechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit, die offene Architektur des Internets und
147 ist in Deutschland bereits grandios gescheitert. Wir setzen uns für eine europäische
148 Schranke für das „Recht auf Remix“ (transformatorische Nutzung) ein. So erhalten wir die
149 Remix-Kultur im Internet, hören auf, Nutzer*innen zu kriminalisieren, und erleichtern
150 Künstler*innen eine Vergütung für ihre Leistungen. Nutzer*innen digitaler Inhalte sollen bei
151 Ausleihe und Weiterveräußerung nicht schlechter gestellt werden als bei analogen Gütern. Für
152 die Digitalisierung des kulturellen Erbes sollen die Fördermittel erhöht und die
153 Gemeinfreiheit erhalten werden.

154 In einem vereinten Europa wollen wir einen offenen Zugang zu Angeboten und Inhalten einer
155 vielfältigen Kultur sicherstellen und eine europäische Öffentlichkeit fördern. Zur
156 Verbesserung des grenzüberschreitenden Informationsflusses sprechen wir uns für eine weitere
157 Reduzierung des Geo-Blockings im Internet zum Beispiel beim Zugang zu öffentlichen
158 Fernsehsendern und Mediatheken aus.

159 EU-Forschungsprogramme wollen wir stärken, um bahnbrechende digitale Technologien zu
160 entwickeln. Gerade bei der Erforschung von künstlicher Intelligenz (KI) wollen wir

161 gesamteuropäisch vorangehen. Deswegen setzen wir uns für ein europäisches Zentrum für
162 künstliche Intelligenz ein.

163 Europa soll Vorreiterin im Datenschutz bleiben. Auf der Basis der Datenschutzgrundverordnung
164 (DSGVO) wollen wir deshalb innovative und datenschutzfreundliche Unternehmen als digitales
165 Alleinstellungsmerkmal Europas fördern und „Privacy by Design“ und „Data Protection made in
166 Europe“ zum Wettbewerbsvorteil machen. Dazu gehören Investitionen in technische
167 Datenschutzforschung und Anonymisierungstechnologien, insbesondere im Zusammenhang mit
168 „Big
169 Data“ und Algorithmen. Die öffentliche Hand muss bei der IT-Sicherheit Vorreiter sein. Bei
169 der Bereitstellung neuer E-Government-Angebote muss sie auf höchste Datenschutz- und IT-
170 Sicherheitsstandards setzen und Projekte, die diese Ziele befördern, stärker unterstützen.

171 Nicht nur im Datenschutz braucht es einen gesamteuropäischen Ordnungsrahmen, sondern
172 auch
172 für die von uns Verbraucher*innen genutzten Plattformen. Wie bereits bei SMS und Telefonie
173 soll es möglich werden, zwischen den verschiedenen Plattformen und Messenger-Apps wie
174 Threema und WhatsApp zu kommunizieren. Außerdem müssen Nutzer*innen, die die Plattform
175 wechseln, künftig ihre Daten mitnehmen können. Auch digitale Unternehmen können und
176 müssen
176 im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer reguliert werden.

177 Damit Unternehmen und Verbraucher*innen von der Digitalisierung profitieren können, braucht
178 Europa eine flächendeckende digitale Infrastruktur. Ohne sie wird es keinen vollendeten
179 europäischen digitalen Binnenmarkt geben. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-
180 Mobilfunk gibt es Investitionslücken von hunderten Milliarden Euro. Deswegen setzen wir uns
181 für eine umfassende europäische Investitionsoffensive für den Glasfaserausbau und für eine
182 Förderung offener und freier WLAN-Netze ein. Den Ausbau der digitalen Infrastruktur wollen
183 wir koppeln an eine weitere rechtliche Stärkung der Netzneutralität, es darf kein „Zwei-
184 Klassen-Internet“ geben.

185 Wir wollen, dass Investitionen aus Nicht-EU-Ländern durch eine Prüfung der Belange von
186 Sicherheit und der öffentlichen Ordnung („investment screening“) kritisch überprüft und ggf.
187 untersagt werden können.

188 Digitalisierung und Gleichheit: Schutz vor Diskriminierung

189 Große Fortschritte bei den digitalen Technologien und der Automatisierung stellen uns als
190 europäische Gesellschaft vor grundlegend neue Fragestellungen. In China sehen wir zum
191 Beispiel, wie digitale Technologien zur Massenüberwachung und Verhaltenskontrolle genutzt
192 werden.

193 Digitale Angebote gestalten unser gesellschaftliches Zusammenleben und haben einen starken
194 Einfluss auf Rollenbilder und Chancengleichheit, sie sind nicht geschlechtsneutral. Wir
195 brauchen daher mehr Frauen als Führungskräfte in Digitalunternehmen, Gründerinnen,
196 Urheberinnen und Entwicklerinnen von digitalen Produkten und Angeboten. Mit speziellen
197 Programmen und gendersensibler Bildung sollen Mädchen und Frauen ermutigt werden, die
198 Digitalisierung aktiv mitzugestalten.

199 Immer stärker beruhen diese Technologien auf Algorithmen und künstlicher Intelligenz, die
200 zunehmend Entscheidungen für und über die Bürgerinnen und Bürger treffen. Wir Grünen

wollen

201 jeglicher Diskriminierung durch algorithmische Entscheidungen vorbeugen und verhindern, dass
202 bestehende gesellschaftliche Ungerechtigkeiten durch selbstlernende Systeme verstetigt
203 werden. Besonders betroffen sind in diesem Zusammenhang ohnehin
204 diskriminierungsgefährdete
205 Gruppen wie Frauen, Minderheiten und ärmere Menschen. Zum Beispiel ändert sich
206 personenspezifisch, wer beim Online-Einkauf wieviel bezahlen muss oder wer bei Straftaten
207 zuerst verdächtigt wird. Es werden gruppenspezifische Werbungen angezeigt oder Kredite
208 aufgrund von Wohnorten automatisiert verweigert. Wir wollen die ethischen Implikationen
209 neuer Technologien stärker erforschen und politisch berücksichtigen. Wir wollen auf
210 Europaebene rechtlich verankern, dass algorithmische Entscheidungssysteme generell
211 überprüfbar, anfechtbar und entsprechend ihrer gesellschaftlichen Wirkung reguliert werden.
212 Wir fordern spezialisierte Schiedsstellen und ein erweitertes Verbandsklagerecht, um den
213 Schutz vor algorithmischer Diskriminierung zu gewährleisten. Gerade die europäischen
214 Antidiskriminierungsstellen müssen diesbezüglich stärker ausgestattet werden. Alle Gremien
215 zur Überprüfung von Algorithmen müssen paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein.
216 Es stellen sich aber auch Fragen, wer wie für eine Fehlentscheidung haftet, die durch einen
217 Algorithmus getroffen wurde. Die Diskussion über einen ethischen Rahmen für Roboter und
218 künstliche Intelligenz ist deshalb wahrscheinlich eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Wir
219 begrüßen, dass es seit kurzem eine europäische Expertenkommission gibt, die sich mit
220 grundsätzlichen ethischen und rechtlichen Fragen bezüglich Algorithmen, künstlicher
221 Intelligenz und digitalen Innovationen auseinandersetzt. Auch für andere autonome Systeme,
222 ob im Bereich der Mobilität, der Arbeit oder beim Militär, muss eine europäische
223 Digitaethik entwickelt werden. Wir fordern, dass diese Kommission konkrete Vorschläge für
224 einen Rechtsrahmen entwickelt.
225 Für uns als Grüne ist es jedoch noch wichtiger, dass die Diskussion um eine neue
226 Digitaethik als gesamtgesellschaftliche Debatte geführt wird. Wir wollen, dass die
227 Europäische Union bei dieser Frage innovativ vorangeht und nach dem Vorbild der irischen
228 „convention on the constitution“ Bürger*innen der EU auswählt, die die Fragen einer neuen
229 Digitaethik diskutieren und Vorschläge für eine neue Digitaethik für das Europäische
230 Parlament machen. Damit kann eine gute gesamtgesellschaftliche Debatte begonnen werden.
231 Digitalisierung und Freiheit: soziale Medien sozial machen
232 Wir als Grüne wollen erreichen, dass digitale Technologien das alltägliche Leben aller
233 Europäer*innen vereinfachen und den Menschen einen leichteren Zugang zu Informationen
234 ermöglichen.
235 Mit Facebook, Twitter und Co. ist ein digitaler öffentlicher Raum entstanden. Lange Zeit war
236 damit ein Optimismus verbunden, dass der einzelne Mensch durch die sozialen Medien nicht
237 mehr bloßer Informations-Empfänger, sondern auch Sender und Multiplikator von Informationen
238 werden kann und so mehr Freiheit und Aufklärung erreicht wird. In Diktaturen und Autokratien
239 bieten in der Tat verschiedene internetbasierte Anwendungen Oppositionellen die Chance, sich
240 zu vernetzen und Inhalte zu verbreiten, die in der kontrollierten Presse verschwiegen
werden.

241 Auf der anderen Seite müssen wir aber feststellen, dass die digitale Welt von Diktaturen und
 242 autoritären Regimes zur Festigung ihrer Herrschaft genutzt wird. Hass, Lügen und
 243 Unwahrheiten verbreiten sich so leicht wie nie. Auch die völkisch-nationalistische Rechte
 244 organisiert und koordiniert sich über Social Media und nutzt Online-Plattformen für ihre
 245 Hetze gegen Antifaschist*innen, demokratische Politiker*innen, Andersdenkende, Geflüchtete
 246 und Minderheiten. Besonders stark betroffen sind Frauen. Beleidigungen, Vergewaltigungs- und
 247 Todesdrohungen sind für im Netz aktive Frauen an der Tagesordnung. Dadurch werden viele
 248 Frauenstimmen zum Schweigen gebracht und aus der Debatte im digitalen öffentlichen Raum
 249 herausgedrängt. Doch ein von Männern dominiertes Internet gefährdet auch die in der analogen

250 Gesellschaft erreichten Fortschritte von Frauen und somit die Demokratie. Die Verifikation
 251 und Filterung von Quellen und Informationen durch professionelle Journalist*innen entfällt,
 252 wenn Nutzer*innen alles einfach direkt in sozialen Medien verbreiten. Durch die Macht der
 253 Lügen und Unwahrheiten bröckelt der gesellschaftliche Zusammenhalt. Um dem
 entgegenzuwirken,

254 wollen wir den investigativen Journalismus genauso stärken wie die Medienbildung in Schule
 255 und Weiterbildung, damit sich Bürgerinnen und Bürger kritisch mit den Wirkungsweisen und
 256 Dynamiken sozialer Medien auseinandersetzen können.

257 Wir brauchen in Europa eine vielstimmige Öffentlichkeit, die einen lebendigen Eindruck von
 258 der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt Europas vermittelt. Die Digitalisierung
 259 erlaubt Bürgerinnen und Bürgern, mit eigener Stimme an solchen Debatten teilzuhaben. Eine
 260 partizipative Medienöffentlichkeit trägt zur gesellschaftlichen Selbstverständigung bei.
 261 Gleichzeitig können wir die Definition dessen, was auf den Plattformen erlaubt ist und was
 262 nicht, nicht alleine den Betreiber*innen überlassen, sondern müssen dies politisch regeln.
 263 Zudem ist bis heute völlig unklar, nach welchen Kriterien Algorithmen bestimmte Inhalte wem
 264 und warum anzeigen. Das ist intransparent und verhindert einen selbstbestimmten Umgang mit

265 dem Internet.

266 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 267 • ein Verbot von Diskriminierungen durch Algorithmen und eine Verpflichtung zu deren
 268 Transparenz,
- 269 • den europaweiten Ausbau digitaler Infrastruktur und ein freies und offenes Internet
 270 für alle,
- 271 • ein Ende der anlasslosen Massenüberwachung,
- 272 • Regeln für soziale Medien, damit wir Hass und Hetze wirksam entgegentreten können.

273 **5.2 Europäische Forschung fördern und Start-ups stärken**

274 Forschung und Entwicklung bilden die Basis, um den Herausforderungen der Zukunft zu
 begegnen
 275 und unser Leben noch lebenswerter zu gestalten. Ein vertiefter, dynamischer und weltoffener
 276 Forschungsraum in Europa ist von zentraler Bedeutung.

277 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt, weltweit
 278 führender Innovations- und Forschungsstandort zu werden. Bisher bleibt dieses Ziel
 279 unerreicht. Vielmehr konnten die USA ihre Führungsrolle behaupten und China konnte die EU

280 bei der Höhe der Investitionen in Forschung und Entwicklung überholen. Dies spiegelt sich in
281 der Entwicklung neuer Technologien wider.

282 Wir wollen Europa als Forschungs- und Entwicklungsregion unterstützen. Besonders im Bereich
283 der Digitalisierung und Robotik, der Biotechnologie und Nanotechnologie finden derzeit
284 rasante Entwicklungen statt, und die Europäische Union muss aufpassen, weltweit den
285 Anschluss nicht zu verlieren. Forschung, die uns bei der Bewältigung des Klimawandels
286 unterstützt, muss nachhaltig und langfristig unterstützt werden, nicht nur durch einzelne
287 Forschungsprojekte, sondern auch durch den Aufbau von europäischen Innovationszentren und
288 umfangreiche Grundfinanzierung. Neue Entwicklungen in der Batterietechnologie, im Recycling,
289 in der Verwendung nachhaltiger Ressourcen, in der Wasseraufbereitung und in der Erzeugung
290 erneuerbarer Energie müssen in Europa vorangetrieben werden.

291 Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ein zentraler Wert demokratischer
292 Verfassungen. Ihre Grenzen liegen in der Menschenwürde, bei tierethischen Prinzipien und
293 dort, wo hohe Umweltrisiken entstehen. Welche Erkenntnisse und Ergebnisse wir nutzen wollen,
294 muss immer gesellschaftlich verhandelt werden. Die europäische Forschungslandschaft besteht
295 heute noch zu sehr aus einem Flickenteppich nationaler Forschungsprogramme, ineffizienten
296 Doppelungen und einer massiven Spaltung zwischen forschungstarken und
forschungsschwachen

297 Mitgliedstaaten. Und das in einer Zeit, in der angesichts der zahlreichen globalen
298 Herausforderungen sowie des Drucks populistischer Kräfte auf die Wissenschaftsfreiheit mehr
299 internationale und europäische Zusammenarbeit dringend notwendig ist. Einzeln für sich haben
300 die Mitgliedstaaten nicht die finanzielle Durchschlags- und internationale Strahlkraft
301 entwickelt, die es im globalen Wettlauf der Innovationen braucht. Dafür benötigt es einen
302 ganzheitlichen Ansatz. Noch immer wird das selbstgesetzte Ziel, 3 % des BIP für Forschung
303 und Entwicklung zu investieren, verfehlt. Noch immer stehen nationale Interessen beim
304 Kernfusionsprojekt ITER über dem Streben nach wissenschaftlichen Erkenntnissen. Noch immer
305 scheitern viele kleine und mittlere Unternehmen an einer Teilnahme an den EU-
306 Forschungsprogrammen, weil die Hürden zu hoch, zu kompliziert, zu bürokratisch sind. Und
307 noch immer bleiben viele gute Ideen aus der Spitzenforschung auf der Strecke oder werden in
308 anderen Regionen zu Geld gemacht, weil sie nicht in den Markt umgesetzt werden.

309 Ein neues Forschungsprogramm ab 2020

310 Der Zeitpunkt, um dies zu ändern, ist genau richtig. Das aktuelle europäische
311 Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ läuft aus. Jetzt können wir ein schlagkräftiges
312 Nachfolgeprogramm auf die Beine stellen, das die europäische Forschungslandschaft vernetzt,
313 Schlüsseltechnologien fördert, den Nährboden für innovative, nachhaltige Start-ups schafft
314 und die angewandte Forschung und Grundlagenforschung stärkt. Wichtig ist uns dabei der
315 Beitrag der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zu einem Europa der Innovation. Bei
316 Förderprogrammen wie „Horizon Europe“ muss darauf geachtet werden, dass die Kultur-,
317 Geistes- und Sozialwissenschaften verstärkt eingebunden und gefördert werden. Auch darf die
318 Erforschung gesellschaftlicher Auswirkungen nicht erst nachrangig erfolgen, wenn
319 technologische Fakten bereits geschaffen sind. Transformative Forschung geht für uns dabei
320 Hand in Hand mit nachhaltiger und gerechter sozialer Innovation.

321 Auch ist es uns wichtig Forschungsergebnisse durch das gezielte Fördern von Open-Access-
322 Publikationen allen frei zugänglich zu machen. Dazu wollen wir etwa Projekte wie cOAlition

323 S, die öffentlich geförderte Publikationen frei zugänglich machen, auf europäischer Ebene
324 vorantreiben.

325 Forschungs- und Innovationsförderung soll auf die großen gesellschaftlichen
326 Herausforderungen von Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Ressourcenknappheit sowie Krebs-
327 und Demografie-Forschung bis hin zu Machtfragen, wie patriarchale Strukturen, ausgerichtet
328 werden. Das Nachfolgeprogramm „Horizon Europe“ muss dafür sorgen, dass neue Ideen
329 schneller
329 marktreif werden und der Technologietransfer in die Praxis beschleunigt wird. Dabei soll
330 frühzeitig die Nachhaltigkeit und Wirkung des Geschäftsmodells eingeschätzt und
331 berücksichtigt werden. Für umweltverträgliche Zukunftstechnologien wollen wir die
332 Markteinstiegsphase beschleunigen. Die Umwidmung ziviler Forschungsmittel für die
333 Rüstungsforschung lehnen wir strikt ab.

334 Wir wollen ein neues Kapitel europäischer Weltraumforschung aufschlagen: Als
335 Wissenschaftspartei wollen wir die Grenzen menschlichen Wissens auszuweiten und die
336 fundamentalen Fragen der Physik, des Universums und unserer Existenz erforschen. Raumfahrt
337 hilft uns, Erkenntnisse über unseren Planeten zu gewinnen (z.B. Klimaforschung,
338 Landwirtschaft, Katastrophenschutz, Wetterprognosen) und trägt zur friedlichen Kooperation
339 vieler Nationen bei, zum Beispiel durch die Zusammenarbeit mit Russland bei der
340 internationalen Raumstation. Die globale Raumfahrtindustrie ist im Umbruch, für Europa geht
341 es jetzt darum, souverän in der Weltraumforschung zu bestehen und damit europäische
342 Innovationen zu befördern. Die EU-Staaten sollten dazu ihre finanziellen Anstrengungen
343 intensivieren. Wir schlagen eine verstärkte Beteiligung der EU bei der europäischen
344 Raumfahrtorganisation (ESA) und eine noch engere Kooperation mit den nationalen
345 Raumfahrtbehörden vor.

346 Im Bereich Wirtschaftswissenschaften wird die Pluralität der geförderten Denkschulen und
347 methodischen Ansätze erweitert. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die EU Forschungen für
348 die Behandlung vernachlässigter Tropenkrankheiten sowie für bessere Medikamente gegen
349 armutsbegünstigte Krankheiten wie Tuberkulose, Malaria und Ebola fördert. Ebenso dürfen
350 Forschungsgelder für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen nicht für Geo-
351 Engineering-
351 Projekte und -forschung zweckentfremdet werden.

352 Forschung wird aber nicht nur durch bessere materielle Ausstattung attraktiv, sondern auch
353 durch ein attraktives Umfeld und soziale Faktoren, wie eine gute Kinderbetreuung. Wir wollen
354 in allen EU-Mitgliedsländern faire statt prekäre Karrierewege für Wissenschaftler*innen
355 schaffen, damit sie uns erhalten bleiben. Echte Wissenschaftsfreiheit setzt eine solide
356 Grundfinanzierung voraus, so dass nicht nur für Unternehmen lukrative Forschungsgebiete
357 bestehen, sondern auch Grundlagen- und kritische Forschung langfristig in der EU eine Heimat
358 haben: Das muss durch die Förderpolitik gesichert werden.

359 Schutz für bedrohte Wissenschaftler*innen

360 Mit großer Sorge sehen wir, dass international zunehmend politischer Druck auf
361 Wissenschaftler*innen ausgeübt wird. Die Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisch
362 verbrieftes Grundrecht. Wenn in der Türkei mehrere tausend Wissenschaftler*innen aus
363 politischen Gründen entlassen oder verhaftet werden, wenn in Ungarn Universitäten bedroht
364 werden, dann ist das eine dramatische Abkehr von der Wissenschaftsfreiheit. Wir setzen uns

365 dafür ein, dass Wissenschaftler*innen, die wegen ihrer Tätigkeit verfolgt werden und ihr
 366 Land verlassen müssen, in der EU Schutz finden und ihre Forschung frei fortführen können. Es
 367 ist daher unser Ziel, dass die EU einen europäischen „Fonds für verfolgte
 368 Wissenschaftler*innen“ einrichtet, aus dem Forschungsaufenthalte an Universitäten,
 369 Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen für solche Gastwissenschaftler*innen
 370 finanziert werden können. In mehreren grün mitregierten Bundesländern haben wir mit einem
 371 solchen Fonds schon erste Erfolge erzielt. Zudem kommt dadurch auch neue, inspirierende
 372 wissenschaftliche Expertise in die EU. Dies stärkt den Wissenschaftsstandort, aber auch den
 373 Ruf und das Ansehen Europas als Kontinent des politisch gelebten Humanismus.

374 Rückenwind für Start-ups

375 Gerade den Pionieren – den Start-ups – wollen wir Rückenwind geben und dafür sorgen, dass
 376 sie mit frühzeitigen Finanzierungsprogrammen und Infrastruktur unterstützt werden.
 377 Insbesondere Frauen wollen wir bei der Gründung von Unternehmen und bei der
 378 Forschungsförderung unterstützen. Für die erfolgversprechendsten Start-ups fordern wir einen
 379 „Europäischen Startup Pass“. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen
 380 und nationalen Start-up-Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch sogenannte
 381 Inkubatoren, also Einrichtungen, die sie auf dem Weg in die Selbständigkeit begleiten, zu
 382 erhalten. Sie sollen außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur
 383 Rechtslage und zu Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiterinnen
 384 des Start-ups bekommen. Um die europäische Start-up-Landschaft weiter zu fördern und zu
 385 stärken, wollen wir auch mit den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
 386 dafür sorgen, dass in jedem EU-Mitgliedsland ein One-Stop-Shop für Start-ups mit
 387 niedrigschwelliger Beratung verfügbar ist. Diese niedrigschwelligen Beratungen wollen wir
 388 untereinander vernetzen, damit die europäische Start-up-Szene weiter zusammenwächst.

Jungen

389 Menschen wollen wir durch ein Förderprogramm für Start-ups dabei helfen, Jobs zu schaffen,
 390 wo kaum noch welche zu finden sind.

391 Auch erfolgversprechende nichteuropäische Start-ups wollen wir gewinnen. Dafür fordern wir
 392 ein „Europäisches Startup Visum“, ähnlich dem französischen „Tech Ticket“. Neben dem Visum
 393 sollen ausländischen Start-ups auch Beratungsangebote und finanzielle Unterstützung
 394 angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

395 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 396 • ein neues Forschungsprogramm, das angewandte und Grundlagenforschung gleichsam in
 397 den Blick nimmt,
- 398 • Wissenschaftsfreiheit und den Schutz von bedrohten Wissenschaftler*innen,
- 399 • eine Gründerförderung durch einen Start-up-Pass und durch Start-up-Visa.

400 **5.3 Ein Versprechen an die nächste Generation**

401 Europas Zukunft ist die Jugend. Die Europäische Kommission hat eine Initiative gestartet,
 402 die Europas Jugend kostenloses Reisen verspricht, um so junge Europäer*innen von Europa zu
 403 begeistern (DiscoverEU). Für uns ist klar, dass dies nicht zu Lasten bestehender und
 404 erfolgreicher Projekte innerhalb des Jugendbudgets gehen darf. Wir setzen uns dafür ein,
 405 dass das Programm für alle jungen Menschen in Europa zugänglich wird und um wichtige

406 interkulturelle Bildungskomponenten ergänzt wird. Nur im Rahmen der gesamten
 407 Jugendstrategie
 408 und durch zusätzliche Möglichkeiten wie temporäre Freiwilligendienste und die Pflege eines
 409 Netzwerkes unter den Jugendlichen kann ermöglicht werden, dass #discoverEU tatsächlich zur
 410 Bildung einer europäischen Identität beiträgt, und nicht nur tausende parallele individuelle
 411 Reisen beinhaltet.

412 Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für Gestaltung von Freizeit und Bildung von
 413 Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden,
 414 dass ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen wertgeschätzt wird, und Jugendarbeit nicht
 415 an bürokratischen Hürden scheitert. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und
 Vereinfachung der Projektförderung über Erasmus+ aus.

416 Die Vielfalt der Sprachen innerhalb Europas ist eine unserer stärksten kulturellen
 417 Bereicherungen. Das Erlernen von neuen Sprachen öffnet neue Realitäten; und trotzdem ist
 418 dies für viele Kinder und Jugendliche derzeit abhängig von der jeweiligen Qualität der
 419 Schulbildung oder des Einkommens der Erziehungsberechtigten, die Sprachaufenthalte oder
 420 Sprachunterricht finanzieren können. Gleichzeitig bietet das Internet Chancen für
 421 kostengünstige, effektive und breit gestreute Weiterbildung. Die Institutionen der
 422 Europäischen Union verwenden bereits jetzt viele Sprachen alltäglich, unterstützt durch eine
 423 Vielzahl an Dolmetscher*innen. Wir wollen eine offene digitale Plattform entwickeln, über
 424 die sich alle europäischen Bürger*innen andere europäische Sprachen einfach und effektiv
 425 aneignen können.

426 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind derzeit im politischen Geschehen massiv
 427 unterrepräsentiert. Dabei haben politische Entscheidungen, die wir heute treffen, für genau
 428 diese die größte Auswirkung. Wir denken, dass Kinder und Jugendliche ein Mitspracherecht für
 429 das Europa und die Welt, in der sie leben möchten, haben sollen. Daher erschaffen wir ein
 430 europäisches Jugendparlament, das durch ein Losverfahren bestimmt wird, und in dem selbst
 431 Jugendliche sitzen, debattieren und abstimmen. Das Europäische Jugendparlament ist beratend
 432 zum Europäischen Parlament und wird strukturell garantieren, dass die Stimme der jeweils
 433 nächsten Generation gehört wird.

434 **Wer GRÜN wählt, stimmt für**

- 435 • Zielgerichtete Implementierung des #discoverEU-Projekts,
- 436 • Unterstützung von Jugendinitiativen und Jugendverbänden,
- 437 • Entwicklung eines kostenlosen digitalen Sprachenzentrums,
- 438 • Einrichtung eines europäischen Jugendparlaments zur besseren Partizipation junger
 439 Menschen.

440 **5.4 Bildung europäisch leben**

441 Wir wollen grenzüberschreitende Bildungsangebote. In einem anderen europäischen Land die
 442 Schule zu besuchen, zu studieren oder eine Ausbildung oder Praktika zu machen, dort zu leben
 443 und zu lernen, hat heute schon für Millionen Menschen die europäische Gemeinschaft konkret
 444 erfahrbar gemacht. Wenn der Austausch über nationale Grenzen hinweg zu einem
 445 selbstverständlichen Bestandteil der Bildungsbiografie aller Unionsbürger*innen wird, ist

446 ein wichtiger Schritt zur Stärkung der europäischen Gemeinschaft geschafft. Bisher reicht
447 der Horizont von Bildungspolitik jedoch viel zu oft nur bis zur Landes- oder Staatsgrenze.
448 Bildungserfahrungen im Ausland sind viel zu oft noch ein Privileg für Akademiker*innen und
449 Menschen mit guten Einkommen.

450 In der Geschichte Europas war und ist Diskriminierung immer wieder auch mit dem Ausschluss
451 von formaler Bildung verbunden. Ein Beispiel hierfür ist das Beschulungsverbot von Sinti und
452 Roma unter den Nationalsozialisten, das sich heute noch negativ auswirkt. Wir wollen, dass
453 Europa für solche Bevölkerungsgruppen die Tür zu Bildung aufstößt. Dafür wollen wir einen
454 EU-Bildungsfonds einrichten für Menschen, die selbst oder deren Familien strukturell von
455 formaler Bildung ausgeschlossen waren oder sind. Daraus sollen Stipendien finanziert werden,
456 um Schulausbildungen nachzuholen oder Berufsausbildungen zu finanzieren. In Zukunft müssen

457 nicht nur Universitätsabschlüsse, sondern auch Berufsausbildungen sowie Fort- und
458 Weiterbildungen innerhalb Europas in jedem Land der EU anerkannt werden.

459 Wir wollen auf der europäischen Ebene in allen Bildungsbereichen die Vernetzung und
460 gemeinsame Arbeit in Projekten der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fördern. Dabei sind
461 für uns insbesondere Großschutzgebiete wie Nationalparks wichtige Partner in der
462 Umweltbildung. Deshalb werden wir uns auch für die Bereitstellung von Fördermitteln für bi-
463 und multilaterale europäische Bildungsprojekte und Netzwerke für nachhaltige Entwicklung
464 stark machen. So erreichen wir, dass sich viele aktiv an der Gestaltung einer ökologisch
465 verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Gesellschaft beteiligen
466 und somit das Zusammenleben in Europa gestärkt wird.

467 Wir wollen, dass in der gesamten Europäischen Union der freie Zugang zu qualitativ
468 hochwertiger Bildung garantiert wird.

469 Jugendfreiwilligendienst in Europa garantieren

470 Wir stehen für ein Europa der engagierten Zivilgesellschaft. Wir wollen das große Engagement
471 gerade von jungen Europäerinnen und Europäern in der Gesellschaft für und mit anderen
472 fördern und unterstützen.

473 Alle jungen Menschen in Europa, die sich für die Gesellschaft in Form eines freiwilligen
474 Dienstes für ein Jahr engagieren möchten, müssen dies auch können. Deswegen setzen wir uns
475 für eine europaweite Garantie ein. Sowohl der europäische als auch die nationalen Dienste
476 müssen so ausfinanziert sein, dass auch Jugendliche aus Elternhäusern mit geringem
Einkommen

477 diese Möglichkeit nutzen können. Dafür wollen wir 1 Million Plätze im europäischen
478 Freiwilligendienst schaffen und über Erasmus+ hinaus zusätzliche europäische Mittel zur
479 Finanzierung einsetzen.

480 Erasmus für alle

481 Das europäische Austauschprogramm Erasmus ist ein Markenzeichen und eine der großen
482 Erfolgsgeschichten Europas. Es hat in den 30 Jahren seines Bestehens die Biografien vieler
483 junger Europäer*innen geprägt. Der Freiheitsraum Europa wurde so für Millionen Menschen Teil
484 ihres Lebensgefühls.

485 Wir wollen, dass alle jungen Menschen in der EU unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern und
486 von der Schule, die sie besuchen, während ihrer Schulzeit, Ausbildung oder ihres Studium die

487 Chance haben, an einem Austausch mit dem europäischen Ausland teilzunehmen. Dazu
488 möchten wir
489 das Erasmus-Programm massiv ausbauen, für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende.
489 Eine oder zwei Wochen als Schüler*in in ein anderes europäisches Land zu reisen, dort den
490 Alltag in einer Familie zu erleben und die Schule zu besuchen – diese Erfahrungen so vielen
491 jungen Europäer*innen wie möglich zu eröffnen, ist eine der besten Investitionen in den
492 Zusammenhalt Europas. Wir wollen Lust und Neugierde auf Europa wecken, unabhängig vom
493 Geldbeutel der Eltern und auch für die Länder Europas, deren Sprache nur selten in
494 Deutschland auf dem Lehrplan steht.

495 Dafür muss Erasmus+ beim Schulaustausch aber viel einfacher zugänglich gemacht werden.
Heute
496 können oft nur die Lehrkräfte an gut ausgestatteten Schulen den Aufwand betreiben, den die
497 EU verlangt. Zu detaillierte Voraussetzungen, wie zum Beispiel das Kriterium, dass an dem
498 Austausch junge Menschen aus mehreren Ländern und nicht nur aus zwei Ländern teilnehmen
499 müssen, stellen unnötige Hürden dar.

500 Statt absurd überbürokratisierter Programme wie Move2Learn, Learn2Move, die auf nur ca.
501 5.000 Teilnehmer*innen EU-weit pro Jahr ausgelegt sind, wollen wir breit zugängliche,
502 einfache und pauschalierte Antrags- und Förderverfahren für Schulen, so dass die Programme
503 wirklich genutzt werden können. Wir wollen einen rechtlichen Rahmen für
504 Schüleraustauschprogramme anbieten, damit der Aufwand für Lehrer*innen und Schulen so
gering
505 wie möglich ist.

506 Nach wie vor erreichen die Angebote zu wenige Azubis und junge Arbeitnehmer*innen. Dabei
507 sind Auslandspraktika in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine hervorragende
508 Möglichkeit, interkulturelle und zusätzliche fachliche Kompetenzen zu erwerben. Hier geht
509 also noch mehr: Wir wollen das Informationsangebot verbessern, Antrags- und
510 Anerkennungsverfahren einfacher gestalten und passgenaue Unterstützungsangebote
einrichten.

511 Das bisherige Ziel der EU, der Hälfte eines Jahrgangs von Studierenden einen
512 Auslandsaufenthalt in einem anderen europäischen Land zu ermöglichen, wurde noch nicht
513 erreicht. Um in die Welt zu gehen, braucht man eine soziale Absicherung. Daher wollen wir
514 Risiken und Barrieren, die der Mobilität von Studierenden im Wege stehen, ausräumen und eine
515 soziale Staffelung der Erasmus-Unterstützung verbindlich machen. Sie kann für weniger
516 wohlhabende Studierende bis zu einem Vollstipendium reichen. Auch für Menschen mit
Kind(ern)
517 soll ein Auslandsaufenthalt durch entsprechende Unterstützung möglich sein.

518 Eine europäische Gesellschaft braucht Europäische Universitäten

519 Wir Grünen unterstützen die Idee der Gründung Europäischer Universitäten. Hochschulen sind
520 eine europäische Erfindung, sie prägen Geistesleben, Wissenschaft und Kultur unseres
521 Kontinents seit Jahrhunderten. Aufgabe einer Europäischen Universität ist es, eine ganz
522 Europa umfassende wissenschaftliche Bildung zu verankern und die Verknüpfung bislang
523 national geprägter Wissenschaftsdisziplinen zu fördern. In Lehre und Forschung bündelt sie
524 vorhandene Kräfte und Kompetenzen mit dem Anspruch, zu den besten Hochschulen der Welt

zu

525 gehören.

526 Institutionelles Vorbild bzw. Kern für Europäische Universitäten können das Europäische
527 Hochschulinstitut in Florenz, die Europa-Universität Viadrina, die Europa-Universität
528 Flensburg oder bestehende Kooperationen, wie zum Beispiel der Hochschulverbund Eucor – The
529 European Campus – sein. Dort arbeiten fünf Universitäten am Oberrhein bereits seit
530 Jahrzehnten zusammen und kooperieren in vier strategisch bedeutenden
531 Forschungsschwerpunkten. Wir wollen europäischen Austausch in jedem Lebensabschnitt
fördern.

532 Dafür streben wir ein EU-Austauschprogramm an, in dem Berufstätige ihren erlernten Beruf für
533 eine Weile in einem anderen Mitgliedsstaat ausüben können.

534 **Eine europäische Zentrale für politische Bildung**

535 Wir Grüne fordern den Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung und
536 unterstützen Vorhaben, die den institutionalisierten Aufbau einer unabhängigen und
537 wissenschaftsorientierten Institution auf europäischer Ebene zum Ziel haben. Diese Zentrale
538 soll unter dem Eindruck des Beutelsbacher Konsens von 1976 stehen und Kontroversität, das
539 Überwältigungsverbot und eine Schüler*innenorientierung (Studierendenorientierung)
540 berücksichtigen. Wir erhoffen uns von einer solchen Zentrale neue Impulse für die politische
541 Bildung europaweit und ein verbessertes Angebot für Schulen und Universitäten. Forschung und

542 Aufklärung im Bereich der politischen Bildung werden in Zeiten von Fake News und stärker
543 werdenden rechtspopulistischen Strömungen ein immer wichtigerer
544 Bestandteil für die Gesellschaft werden. Um auf diese Tendenzen angemessen reagieren zu
545 können, ist eine Vernetzung der Akteur*innen immens wichtig. Eine Zentrale für politische
546 Bildung kann genau hier ansetzen und Europa politisch weiterbilden.

547 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 548 • Ausbau des europäischen Freiwilligendienstes,
- 549 • Erasmus-Programm für alle,
- 550 • Europäische Universitäten,
- 551 • sozial-ökologische Bildungsprogramme.

552 **5.4. Europas kulturelle Vielfalt fördern**

553 Die europäische Idee lebt durch die Inspiration kultureller Vielfalt, durch das seit nunmehr
554 70 Jahren weitestgehend friedliche Miteinander der Europäerinnen und Europäer und durch die
555 Verständigung auf Freiheit und Recht als fundamentale Grundwerte. Nur wenn es gelingt,
556 Europa auch als einen transnationalen Kulturkosmos in gegenseitiger Wertschätzung seiner
557 verschiedenen kulturellen Identitäten zu begreifen, kann es seine ökonomische und
558 ökologische Bedeutung in der Welt nachhaltig weiterentwickeln. Kultur und Kunst sind
559 besonders dazu geeignet, für die europäische Öffentlichkeit identitätsstiftende
560 Bindungskräfte zu entfalten und die Institutionen und Regeln eines nachnationalen Europa mit
561 Leben zu erfüllen. Grüne Kulturpolitik beruht auf dem Grundverständnis, dass Kultur
562 elementarer Bestandteil menschlichen (Zusammen-)Lebens ist.

563 Wir wollen europaweit die Investitionen in Kultur und Kunst ausweiten und den
564 Kulturaustausch zwischen Europa und der Welt fördern. Europa hat in seiner wechselhaften und
565 oft dramatischen Geschichte ein kulturelles Verständnis ausgeprägt, das weit über seine
566 Grenzen hinaus eine hohe Anziehungskraft entfaltet. Die Dichte der Theaterlandschaft, seine
567 vielfältige Musik, bildende Kunst und Literatur, seine Museen, Bibliotheken und Architektur
568 formen in ihrem historischen Bewusstsein und in immer wieder neuen Gestaltungen kulturelle
569 Bezugspunkte in unseren Städten und Gemeinden. Wir wollen eine europäische Kulturpolitik,
570 die die vielen regionalen kulturellen Ausprägungen seiner 500 Millionen Bewohner*innen
571 lebendig hält. Gleichzeitig wollen wir die Idee einer gemeinsamen Kultur durch die Reflexion
572 der europäischen Aufklärung, die Erinnerung und Aufarbeitung der Geschichte sowie die
573 wechselseitige Neugier auf kulturelle Werte der Nachbarn durch eine Förderung
574 grenzüberschreitender Kulturprojekte auch mit anderen Regionen dieser Welt fördern. Dazu
575 gehört auch das Gedenken und systematische Aufarbeiten der gemeinsamen Kolonialgeschichte

576 Europas. Eine lebendige Kulturpolitik, die Vielfalt und Innovation zulässt und fördert, ist
577 eine wichtige Grundlage zur Weiterentwicklung der Demokratie in Europa.

578 Der Kulturreichtum Europas macht unsere Gesellschaften nicht immun gegen Populisten und
den
579 neuen Nationalismus von rechts und links. Allzu oft werden Kulturgüter und -bräuche von
580 demokratiefeindlichen Gruppen für ihre Zwecke missbraucht. Aber Kultur ist auch das Banner,
581 unter dem sich die Kräfte der Freiheit vereinen. Oftmals gehen gerade Kulturschaffende für
582 ein vereintes Europa, gegen rechte Gewalt und für die Rechte von Minderheiten und
583 Geflüchteten auf die Straße.

584 Wir wollen, dass Europa die Kraft der Kultur als zentrales Instrument der
585 Demokratieförderung viel stärker in den Blick nimmt. Wir unterstützen eine selbstbestimmte
586 und unabhängige Kulturszene. Dabei gilt es, möglichst viele Menschen in Europa an
587 kulturellen Diskursen zu beteiligen, das wechselseitige Kennenlernen und die
588 Auseinandersetzung mit den Werten der jeweils anderen zu befördern, die Diversität in
589 Kultureinrichtungen und bei Projektförderungen zu erhöhen und Gender-Gerechtigkeit zu
590 gewährleisten. Auch für bislang ausgeschlossene und sozial benachteiligte Menschen soll
591 kulturelle Teilhabe selbstverständlich möglich sein. Es ist zudem Aufgabe der Politik, für
592 die faire Bezahlung künstlerischer Leistungen zu sorgen. Die Vergabe von Fördermitteln muss
593 transparent und gerecht erfolgen, gleichwohl sollte das Verfahren auch kleineren und
594 diversen Projektträgern eine erfolgreiche Teilnahme ermöglichen. Aufgrund der innerhalb
595 Europas unterschiedlich gut ausgebauten Fördersysteme müssen die Anforderungen an die Ko-
596 Finanzierung nach Ländern verbessert werden.

597 Wir wollen Künstler*innen und Kreative in die Lage versetzen, dass ihre Werke angemessen
598 vergütet werden. Wir setzen uns daher dafür ein, die Vergütungslücke zwischen Urheber*innen,
599 ihren Labels und Verlagen sowie zu Online-Plattformen („Value Gap“) zu schließen. Dazu
600 gehört auch ein modernes Urhebervertragsrecht und eine adäquate Arbeitsmarkt- und
601 Sozialpolitik für Kreative und Künstler*innen auf europäischer und nationaler Ebene.

602 Wir wollen den europäischen Film – vor allem regionale Produktionen – stärken und eine
603 ökologisch und sozial nachhaltige Filmproduktion befördern, geschlechtergerechte Zugänge zu
604 Fördermitteln ermöglichen, künstlerische Qualität befördern und den Vertrieb europäischer
605 Filme und die Entwicklung qualitativ hochwertiger Computerspiele stärker unterstützen.

606 Der deutsch-französische Fernsehkanal arte ist ein Beispiel für mediale Zusammenarbeit, die
607 länderübergreifendes Verständnis und damit europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt.
608 Wir wollen einen europäischen Fernsehsender, der mit Produktionen in den verschiedenen
609 Sprachen und aus den Mitgliedsstaaten, mit europäischen Nachrichten aus Politik, Kultur und
610 Wirtschaft bis hin zu einem Vollprogramm mit Sport und Unterhaltung das gegenseitige
611 Verständnis stärkt und deutlich macht, dass Europa ein Kontinent der Einheit in Vielfalt
612 ist.

613 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 614 • europaweite Investitionen in Kultur und Kunst,
- 615 • die Förderung des europäischen Kulturaustauschs,
- 616 • die Förderung des europäischen Films,
- 617 • die Förderung der europäischen Computerspiel-Entwicklung.